

zuletzt aktualisiert am: 28.06.2011

URL: <http://nachrichten.rp-online.de/wirtschaft/parteien-streiten-ueber-westlb-rettung-1.1316601>

Empfehlen

0

Düsseldorf

Parteien streiten über WestLB-Rettung

VON THOMAS REISENER -

zuletzt aktualisiert: 28.06.2011 - 02:30

Düsseldorf (RP). Bei einem Geheimgetreffen hat NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans die Fraktionsspitzen über seine WestLB-Pläne informiert. Schon am Donnerstag soll der Landtag der Zerschlagung der Bank zustimmen. Die CDU hat viel zu kritisieren, nennt aber auch keine Alternative.

Die absehbare Zerschlagung der WestLB setzt den Terminplan der Landespolitik unter Druck. Weil er das Parlament nach Informationen unserer Zeitung schon am Donnerstag über die Abwicklung der Bank abstimmen lassen will, hat NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) die Fraktionsspitzen von CDU, SPD, FDP, Grünen und Linken gestern zu einem Geheimgetreffen in ein Nebenzimmer des Landtages gebeten. Teilnehmer berichten folgendes Stimmungsbild: SPD und Grüne werden dem Zerschlagungsplan zustimmen, die CDU ist zumindest nicht dagegen und nennt auch keine Alternative, FDP-Chef Gerhard Papke gab sich reserviert, die Vertreter der Linken signalisierten eine Ablehnung. Eine offizielle Meinung werden die Fraktionen sich aber erst heute im Rahmen von internen Sonder-Debatten bilden.

Wie berichtet haben die Spitzen der Sparkassen, des Landes und des Bundes sich in der vergangenen Woche auf eine Abwicklung der WestLB verständigt: Die einst größte deutsche Landesbank soll aufgespalten werden in eine sparkasseneigene Verbundbank sowie eine landeseigene "RestLB", in der alles verbleibt, was nicht verkauft und auch nicht in die "Bad Bank" (EAA) ausgegliedert werden kann. Das Land soll die "RestLB" dann mit einer weiteren Milliarde Euro Steuergeld gegenfinanzieren, wozu der Finanzminister neue Schulden aufnehmen will.

Mehreren Teilnehmern zufolge soll der Finanzminister bei dem Treffen die Vermutung geäußert haben, dass am Ende der Abwicklung 1850 der jetzt 4400 WestLB-Mitarbeiter ohne Job dastehen werden – also weder in der "RestLB", noch in der Verbundbank der Sparkassen, noch durch Teilverkäufe bei neuen Arbeitgebern Jobs finden werden. Auf Anfrage sagte eine Sprecherin des Finanzministeriums allerdings: "Zu den Beschäftigungsperspektiven der WestLB-Mitarbeiter gibt es noch keine belastbaren Zahlen."

Rüdiger Sagel (Linke) forderte in der Sitzung eine "Arbeitsplatzgarantie für sämtliche WestLB-Mitarbeiter", wie er selbst berichtet. Seine Ablehnung der WestLB-Pläne begründet er damit, dass "wir nicht die Verantwortung für die künftigen WestLB-Risiken übernehmen dürfen, die eher bei zehn als bei einer Milliarde Euro liegen".

Die Vorstellung des CDU-Finanzexperten Christian Weisbrich, der angeregt hatte, die Zustimmung seiner Fraktion zum WestLB-Plan von der Verankerung einer NRW-Schuldenbremse in der Landesverfassung abhängig zu machen, stieß bei SPD und Grünen auf Ablehnung. "Die CDU muss einsehen, dass der Plan sowieso ohne Alternativen ist, und es deshalb auch keinen Spielraum für Bedingungen gibt", sagte ein

Teilnehmer aus dem Regierungslager.

Die CDU soll hinter verschlossenen Türen die Lastenverteilung der Abwicklung zwischen Land und Sparkassen kritisch hinterfragt haben. Der Finanzminister begründete die deutlich stärkere Belastung des Landes damit, dass beim Aufschnüren des Paketes die zwei bis drei Milliarden Euro Bundesgeld in der WestLB wieder wackeln würden. Ein Vertreter der Grünen zeigte sich mit dem geplanten Personalabbau bei der WestLB grundsätzlich einverstanden, weil dies als Beitrag der Mitarbeiter beim Lastenausgleich zu werten sei.

Wie es in Kreisen der Landesregierung heißt, soll die Abstimmung über den Plan am Donnerstag nur dann im Plenum erfolgen, wenn zuvor eine breite Mehrheit dafür gesichert werden kann.

© RP Online GmbH 1995 - 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

[Artikel drucken](#)